

Berliner Tageblatt

Nr. 364

und Handels-Zeitung

Mittwoch, 4. August 1926

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Wendung im Magdeburger Prozeß.

Die Voruntersuchung geht auch gegen Schröder auf Nord ausgedehnt. — Kölling geht auf Urlaub.

Die Vernehmung der Hildegard Göhe.

Telegramm unseres nach Magdeburg entsandten Sonderberichterstatters.)

F. K. Magdeburg, 4. August.
Die Berliner Kriminalbeamten Dr. Niemann und Wraschitz haben die vergangene Nacht mit der eingehenden Vernehmung der Frau des Schröder, Hildegard Göhe, verbracht. Die Vernehmung dauerte bis in die Morgenstunden hinein und wurde im Laufe des heutigen Vormittags wieder aufgenommen. Es scheint sich zu bestätigen, daß die Hildegard Göhe von den Taten des Schröder tatsächlich gewußt haben soll. In einem Berliner Mittagsblatt verbreitete Nachrichten über die Aussagen der Göhe, wie von amtlicher Seite mitgeteilt wurde, den Tatsachen weit voraus. Um die Mittagsstunde ist die Vernehmung der Göhe noch im vollen Gange und bis zu den Ereignissen der Nachtstunden noch gar nicht vorübergegangen.

Die weitere Vernehmung gehen die Ermittlungen der Kriminalpolizei auch nach anderer Richtung weiter. Die Vernehmung führen ihre Richter gemeinsam mit der Magdeburger Polizei. Der Oberstaatsanwalt hat bei Grund der Vernehmung der Göhe nunmehr bei den Untersuchungsrichter beantragt, die Voruntersuchung gegen Schröder auf Nord ausgedehnt. Die in den Mittagsstunden ausgetragene amtliche Mitteilung lautet:

„Die Akten werden demnächst zur Entscheidung über die Haftbeschwerden der Strafammer vorgelegt werden. Zur Vorbereitung dieser Entscheidung sind zurzeit Ermittlungen statt, die noch einige Tage in Anspruch nehmen werden. Die gerichtliche Voruntersuchung ist jetzt auch gegen Schröder auf Nord ausgedehnt. Der Untersuchungsrichter arbeitet in händiger Fühlung mit dem Oberstaatsanwalt. Die neu zur Verfügung gestellten Berliner Kriminalbeamten werden vom Oberstaatsanwalt mit Aufträgen versehen.“

Der ganze Fall Helling wird also nunmehr vollkommen neu aufgerollt. Untersuchungsrichter Kölling wird Ende dieser Woche nach Magdeburg antreten. Wie ich erlaube, wird die Zeitung die Untersuchung im Falle Schröder vorläufig in einem anderen Richter übertragen werden, so daß Kölling auch nach seiner Rückkehr vom Urlaub nicht mehr mit der Weiterführung der Untersuchung beauftragt werden wird. Zu dem Zeitpunkt wird sich auch der Generalstaatsanwalt in Magdeburg über den Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Kölling äußern werden.

In Berlin finden heute Beratungen zwischen dem Oberstaatsanwalt, dem preussischen Innenminister und Justizminister statt. Wie ich höre, wird nunmehr auch in anderer Weise an die Vernehmungsbefragung in Magdeburg ergoßen. Die Haft des Rudolf Haas aufzuheben. Dieser Antrag wird voraussichtlich vom Oberstaatsanwalt ausgearbeitet und ist schon deshalb notwendig, um der Strafverfolgung die Möglichkeit zu geben, sowohl die Anklage des Haas als auch die Anklage des Schröder als Hauptangeklagte gegenwärtig des Untersuchungsrichters Kölling unverzüglich nachzuweisen. Rechtsanwalt Braun, der Rechtsanwalt des Haas, hat neue Entlassungsanträge eingereicht, die von der Strafkammer noch geprüft werden müssen. Im übrigen wird, wie ich erlaube, erst jetzt ein Brief des Bundes des Schröder, Chaufens Groß, bekannt, den

dieser an Schröder gerichtet hat. Aus diesem Briefe geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß der Fall Helling nur ein Glied in der Kette anderer geheimer Taten Schröders ist. Große Geheimnisse, die er bald wieder in den Ring drehen will, wo 500 Mark zu verdienen seien. „Möge kann ich Sie nicht überzeugen. Alles andere mündlich. Ich weiß ja, daß Sie jeden Mist mitmachen.“ Des weiteren ist ein Brief des Schröder abgegangen worden, den dieser aus dem Gefängnis schmeißeln wollte. Dieses Schreiben belästigt Schröder; es ist aber auch für den Kriminalminister Tenhold sehr kompromittierend. Auch andere Momente sprechen dafür, daß die getriggerte Erklärung des Untersuchungsrichters Kölling gegenüber der richterlichen Presse, daß Nord auf Anweisung, nicht aber Raubmord vorliege, abwegig ist.

Kölling hat also kein gegeben. Er hat den Rückzug, den er gestern in der letzten, seine Befugnisse überschreitenden Erklärung in der Rechtspresse vorbereitete, nun wirklich angetreten. Auf Grund der bis in den Verdachtsgründe, die ihm die Berliner Kriminalbeamten unterbreitet haben, hat er sich jetzt endlich, nach vier Monaten, zur Ausdehnung der Voruntersuchung gegen Schröder auf Nord bequemt. Bis gestern sah Schröder ja nur wegen Betrugs, Urkundenfälschung und Unterschlagung in Haft! Er, gegen den sich die Verdachtsgründe von Tag zu Tag häuften, mit dessen Revolver Helling ermordet war, in dessen Besitz die Wertsachen des Ermordeten waren, in dessen Hause die Leiche vergraben lag, galt Kölling und Tenhold als ungeschuldig und als glaubwürdiger Zeuge gegen Haas. Während die Berliner Beamten, die Kölling absieht, weil sie angeblich den Tatbestand verunkelt, neue wichtige Beweismomente ermittelten, suchte Kölling gestern im Ziegenstall des verstorbenen Ohle, weil sich Haas in seinem Notizbuch mehrere Nummern des — Breslauer Telefonamts Ohle notiert hatte. Diese Nummern waren nach Köllings Kombination die Schweregeheuer, die Ohle von Haas bekommen hat. Man kann sich ungefähr vorstellen, wie die Untersuchung gelaufen wäre, wenn Kölling und Tenhold das Heft in den Händen gehalten hätten. Sollte nicht jetzt auch die Rechtspresse von der Zuverlässigkeit der Köllings Ermittlungen ab. Die schweren disziplinarischen Verfehlungen Köllings werden natürlich durch seine verspätete Einsicht nicht wieder gutgemacht.

Wie die Verhaftung in Köln erfolgte.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

== Köln, 4. August.
Über die Verhaftung der Frau des Schröder, Hildegard Göhe, die Berliner Kriminalbeamten Dr. Niemann und Wraschitz berichteten, daß die Göhe von der bevorstehenden Verhaftung erfahren könnte. Sie erbat telegraphisch die Heberwahrung des Hauses, in dem die Göhe bei einer Wirtsfamilie als Dienstmädchen tätig war. In den frühen Morgenstunden legte sich ein Kölner Kriminalbeamter zu der Familie und bat den Hausherrn, ihn, den Kommissar, der Göhe gegenüber als guten Freund zu behandeln. Der Beamte überreichte auf diese Weise unauffällig die Göhe bis zum Eintreffen der Berliner Kriminalbeamten mit dem Haftbefehl des Magdeburger Oberstaatsanwalts. Die Göhe wurde darauf mit dem nächsten Zug von den beiden Beamten nach Magdeburg überführt.

konfliktlos wirken, da dadurch das Vertrauen, welches die Grundlage des internationalen Handels sei, erschüttert werde. Diese allgemein gehaltenen Wendungen werden deutlich durch den Hinweis, solche grundsätzliche Erklärung würde Gütes wirken, besonders bei der Unterstufung, die den neuen Staaten zur Entfaltung ihrer Wirtschaften genützt sei. Amerika dürfte für weitere Fernanfragen die Bedingung aufstellen, daß der fremde Handel nicht übermäßig belastet werden dürfe. Deutscher denkt sich der Ausfuhr hinsichtlich des Eingetragens der Regierungen in die Handelsstätigkeit aus.

Das deutsch-englische Luftabkommen.

Erklärungen im Unterhaus.

London, 4. August. (W. L. W.)

Der Staatssekretär für die Luftfahrt, Sir Samuel Hoare, erklärte im Unterhaus, daß alle Bemühungen unternommen würden, um den Abbruch des geplanten deutsch-englischen Luftabkommens zu beschleunigen. Gegenwärtig werde es noch von hierischen hierfür in Frage kommenden Regierungskreisen geprüft. Zur Erklärung der Verögerung führte Hoare weiter aus, daß die Verhandlungen über das Luftverkehrsabkommen zwischen Deutschland und England bereits weit fortgeschritten waren, bevor der kürzlich abgeschlossene deutsch-französische Luftfahrtvertrag unterzeichnet wurde. Als der Entwurf fertiggestellt war, wünschten die deutschen Behörden, daß dieser und nicht der bereits vorliegende britische Entwurf als Grundlage für das deutsch-englische Abkommen benutzt werden sollte. Dies erfordert neue Beratungen über einen Wortlaut des Abkommens.

Nationalökonom und Arzt.

Franz Oppenheims „Staat“.

Es ist wenig bekannt, daß zwei Ärzte die Begründer der wissenschaftlichen Nationalökonomie gewesen sind: der Engländer Bernard de Mandeville und der Franzose François Quesnay. Sie brachten eine grundsätzliche Umwälzung der bisher geltenden katholisch-kanonischen Lehre ein. Ihr gilt der Mensch als lüdig, und daraus folgt ihre Anschauung, daß der Staat oder die Gesellschaft (beides galt ihr noch als eins) nicht anders als durch eine Irrse, falsch geleitete Gewalt zusammengehalten werden könne. Vor allem aber folgt daraus die ökonomische Auffassung: auch der wirtschaftliche Egoismus ist lüdig; durch keine äußere Gewalt eingeschränkt, muß er zur Zerlegung der Gesellschaft führen: folglich ist die freie Konkurrenz zu verwerfen und die Gesellschaftswirtschaft autoritativ zu ordnen und zu überwachen. Das ist die „gebundene Wirtschaft“ des Merkantilismus.

Dieser schwer pessimistischen Auffassung stellen jene beiden großen Ärzte eine entschieden optimistische gegenüber, und zwar solche sie ohne weiteres aus ihrer Einstellung als Mediziner. Der Arzt sieht täglich vor dem erkrankten Schicksal, daß jede von den Millionen Zellen des Körpers mit richtungslosem „Egoismus“ aus dem allgemeinen Nahrungsstrom an sich reißt, weilen sie bedarf, und daß dennoch die Gesamtfunktion, der „consensus“ in ungezügelter Harmonie abläuft, solange nicht das Alter oder eine äußere Störung diese Harmonie trüben. Diese Erkenntnis wandten die beiden Volksärzte auf den sozialen Körper an. Auch hier würde, wenn so leichten sie, die Harmonie aller Interessen eintreten, wenn nur alle äußeren Störungen ferngehalten würden, d. h. wenn jeder Eingriff der Staatsgewalt und alle Bildung von Monopolen ausgeschlossen wäre, so daß die natürliche Funktion der Wirtschaftsgesellschaft, die freie Konkurrenz, in wirtschaftlicher Freiheit walten könne. Dann würde der Gesamttrag der volkswirtschaftlichen Arbeit viel größer, und seine Verteilung unter die Mitglieder der Gesellschaft viel befriedigender sein. So wurde hier der „Egoismus“ aus einer Störung zu einer Kraft des Segens erhoben: indem die unglücklichen Egoisten sich gegenseitig ausbalancierten, hoben sie sich auch gegenseitig auf und bildeten geradezu den einzigen Motor des Glücks und des Fortschritts.

Solange diese Anschauung galt, die Babel später als die „Off der Idee“ bezeichnet, war alle Welt von hohem Optimismus befeuert, nicht nur die Ökonomen, sondern auch die Philosophen; unsere eigene klassische Idealphilosophie wird ganz von diesem Gedanken getragen, der in der Politik z. B. „Contract social“ genützt wurde und von hier aus, ebenso wie von der englischen Ökonomen des Adam Smith, in die praktische und nachantike Philosophie überging.

Aber dieser Glaube schwand bald. Die Völker führten das von Adam Smith verordnete Rezept aus, befestigten die Staatseingriffe, indem sie Freiheit und Gewerbefreiheit usw. einführen — und statt der Harmonie zeigte sich eine immer gefährlichere Disharmonie, statt des versprochenen consensus ein immer ärgerer dissensus. Diese Erkenntnis konnte zwei Ursachen haben: entweder war die zugrunde liegende Theorie falsch, oder es bestand noch unerkannt ein mächtiges Monopol, das abzubauen man verflucht hatte, und das noch abzubauen war.

Von diesen beiden Möglichkeiten sah das 19. Jahrhundert nur die erste. Die ganze Theorie von der zur Harmonie führenden Kraft der Idee galt als völlig verfehlt, ja als Ausdruck eines geradezu verrückten Optimismus. Die Folge war der schwere Pessimismus in Ökonomen, Philosophen und Lebensstil, war die waghalsige Zerstückung der Völker und der Völkergemeinschaften, namentlich der nationalökonomischen Wissenschaft. Die Überlaffen wandten sich zur kanonisch-merkantilen Praxis zurück, die Unterlaffen bekannten sich zu einem immer aggressiveren und gefährlicheren Kommunismus — dem Ausdruck der Verzweiflung an der freien Konkurrenz und ihren Segnungen.

Jetzt kommt wieder ein Volksarzt, der ursprünglich Arzt war, mit der gegenüber allgemeiner Lebererkrankung ebenso mutigen wie ausschließlichen Behauptung, daß nicht jene erste, sondern jene zweite Ursache daran schuld sei, daß der verproben consensus sich nicht eingestellt habe. Er behauptet, daß im Körper unserer Gesellschaft noch ein gewaltiges Monopol stehe, der Staat jener uralten Gewalt, die vor Jahrtausenden den Staat, die Stände oder Klassen und das Großgütergut an Grund und Boden geschaffen haben. Dieses Monopol wurzelt in der Bodenbesitz, deren Rechtsform eben das massenhafte Großgrundgütergut ist. Von hier aus erklärt er die gesamten sozialen Komplikationen unserer Zeit: auch der Kapitalismus mit allen seinen Schäden ist nur eine sekundäre Folge jener primären, Gewalt geschaffenen Institutionen!

Dieser Arzt ist Franz Oppenheimer, zurzeit ordentlicher Professor an der Universität Frankfurt a. M., der diesen Gedanken seit einem vollen Menschenalter unermüdlich aus, wie man immerhin zugeben muß, mit wachsenden wissenschaftlichen Erfolge vertritt. Er hat im letzten Jahrestag seine Gedanken noch einmal in einem Werke zusammengefaßt, das mindestens durch seinen Umfang (fünf Bände mit zusammen rund 3300 Seiten) imponieren muß. Der Schlussband, der „Staat“ (Verlag von Julius Springer, Jena), ist kürzlich erschienen. Er bietet auch dem fleißig lernenden Leser eine überaus interessante und unverfälschliche Darstellung der Entwicklung des Staates in seinen Hauptformen als Zerstört und Landstätt. Die beiden letzten Abschnitte behandeln den modernen Ver-

Die internationalen Handelshindernisse.

Ein Gutachten des amerikanischen Ausschusses der internationalen Handelskammer.

(Gunsttelegramm unseres Korrespondenten.)

Washington, 4. August.

Der amerikanische Ausschuss der internationalen Handelskammer hat die Grundlagen für die Beseitigung der internationalen Handelshindernisse auf. Diese Auffassung ist sehr bemerkenswert, als sie zeigt, daß der amerikanische Ausschuss der Handelskammer energig in ihrem Kampf gegen die Monopolwirtschaft, insbesondere die englische Monopolwirtschaft, unterstützt und dafür eine Vertikation des Handels anstrebt. Der Ausschuss legt zunächst sechs Punkte dar, die den internationalen Handel hindern: 1. Einfuhrzölle, 2. Wertverminderung der Währungen, 3. Mangel an Handelswegen, 4. politische Schwierigkeiten, 5. mangelnde Sicherheit, 6. mangelnde Bekanntheit der fremden Kapitalien. Ferner werden die Folgen der Schaffung neuer politischer Einheiten, Eingriffe der Regierungen in das Gebiet der Industrie und des Handels, die über die privaten Initiative überlaffen waren. Einigkeit der schließlichen Behandlung von fremdem Kapital schlägt der Ausschuss vor, die Maßnahme der Welt sollten auf dem Wege über die internationale Handelskammer in einer gemeinsamen Erklärung Grundzüge für die Beseitigung des fremden Handels, der Fremdenrechte und des fremden Handels aufstellen. Danach soll das Zollverhältnis der Staaten möglichst anerkannt werden, doch dürfen die unterschiedliche Anerkennung ausländischer Unternehmungen nicht

Der Richter packte meinen Arm.
„Barrikaden!“
„Nein!“ sagte ich. „Buddeln! So sieht ganz Paris im Sommer aus.“
Er war enttäuscht. Eine Viertelstunde später, aber, auf dem Boulevard des Invalides war er wieder absteigend. In der Nähe der Bastille bemerkte ich eine bewaffnete Menschenmenge.
„Keine Handen,“ schlang, wie wir das in der brennenden Zeit auch in Berlin gelehrt haben, nur daß sie etwas lauter waren, damals die hungernden Bürgerfrauen in Deutschland. Der Soldatmann schritt an der Reihe entlang und redete auf die Wachen ein. „Zuweilen war einer grob; es half aber nichts und die Wache schmolz immer weiter an.“
„Gut, dann auf die Bant!“ rief der Richter und schwenkte das Zeugnissblatt.
Ich mußte ihn wieder enttäuschen.
„Das Kino nebenan zeigt den Film „Kraft und Schönheit“, ist sehr beruhigend.“

Eine unerhörte Entschließung.

Der deutsche Studententag zum Fall Leising.

Der weitere Verlauf des Bonner Studententages zeigt in geradezu erschreckender Weise die geistige Verwilderung, in welcher heute der nationalitätstheoretische Teil der deutschen Studentenschaft lebt. Wohin man bereits gelangt ist, geht deutlich daraus hervor, daß in der geistigen Verwilderung der Organistator des Studententags, der Student Pöchlmann, ein Refektor über den Fall Leising hielt, das an dreierlei Ueberheblichkeit und ungesunder Demagogie alles bisher Dagewesene überbot. Pöchlmann bestätigte jetzt nachträglich ohne weiteres, daß man die Gehe gegen Leising überhaupt nicht im Interesse der Reinheit akademischer Sitten angesetzt hat, sondern von vornherein als Aktion gegen den preussischen Kultusminister und die Staatsautorität. Pöchlmann rühmte sich in deutschen Anspielungen der latinschen Unterstützung seitens der Professorenschaft. Es sei ein „Höllenlärm veranstaltet worden, daß die Hochschule wackelte“, und nachdem man die Sache als „gerechtes Verurteilen“ aufgezogen habe, sei sie bewußt einem gewaltsamen Zusammenstoß zugedient worden. Und das Ganze frönte Pöchlmann mit der Feststellung: „Eine Person wie Herr Leising ist für uns nicht die Staatsautorität.“ Man hätte denken sollen, daß wenigstens dieser letzte Bezug die verarmten Studenten hätte ruhig machen müssen. Aber weit gefehlt. Das Auditorium klatschte Beifall, und unter demonstrativer Niederstimmung eines Anfalls der westfälischen Studentenschaft auf Leising zur Tagesordnung wurde eine Entschließung im Sinne Pöchlmanns angenommen.

Es gibt wohl keine bessere Kennzeichnung dieser Vorgänge, als die Tatsache, daß die gesamte Reichspresse sich beifolgt hat, das Pöchlmannsche Refektor auch nur annähernd dem Sinne nach wiederzugeben. Das ist das klare Eingeständnis, daß der hantierende Beipräsidentenführer, der mit naiver Selbstgefälligkeit der Kasse die Seele umgibt, hat, unbewußt geworden ist. Wer es bisher noch nicht wußte, weiß jetzt, was in Hannover vorgegangen ist. Aber ganz unabhängig von dieser Einzelfrage, wird man im Hinblick auf die vielfachen Forderungen einer Reform der Studentenschaft, die in der allgemeinen Frage verankert, ob es nicht Mittel und Wege gibt, um die wahren Interessen der Studierenden Jugend vor dem offensichtlichen Mißbrauch zu schützen, der mit ihnen getrieben wird. In diesem Zusammenhang wäre besonders darauf hinzuweisen, daß die Verfassung der jetzt in Bonn tagenden „deutschen Studentenschaft“ in ihrem Gegensatz zu den Grundlätzen des heutigen Staates steht.

Der Fortgang des Volksooper-Prozesses.

Meinners Zurechnungsfähigkeit festgestellt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

W. Dresden, 4. August.

Bekanntlich hat die Kasse des Angeklagten Dr. Meinners noch nicht vor einer Vorbestimmung in Haft genommen, der er angeblich 500 Mark für eine Wabereise spendiert hat. Die Befugnisse, eine Frau Wabereise, tritt nun als erste Zeugin in der heutigen Verurteilung auf. Sie wußte sich entrückt gegen die Zustimmung, das Geld für sich verwendet zu haben; sie habe das Geld schließlich und gerecht unter die Mädchen ihres Instituts verteilt.

Der nächste Zeuge ist für die Verteidigung Dr. Meinners eine sehr schwere Entlastung. Der Arzt Dr. Gabel, der Meinners auf Veranlassung seines Verteidigers Dr. Gabel während der Haft behandelt hat, berichtet zwar von phantastischen Plänen und Lebenswünschen Meinners und fernerhin Meinners als einen erblich belasteten Phantasien; er betont jedoch ausdrücklich, daß Meinners im Sinne des § 51 nicht unzurechnungsfähig sei. Während im eigentlichen Sinne habe der Zeuge überhaupt nicht

„Ein deutscher Film?“
„Nun ja, Sie kennen ihn ja! Sehen Sie nicht die Photographien der hübschen nackten Mädchen? Das ist auch eine Fremdenverführung, wenn Sie wollen!“
Nun aber wurde es ernst. Früher an der Rue Helber rollten sich wirklich die Menschen um ein Autorat zusammen, das seinen Weg ins nächtliche Paris beginnen sollte. Es wurde etwas geäußert und etwas geäußert, und die Polizei war sehr eifrig. Als wir aber hinter eilen, da war es wieder einmal nichts mit der Revolution. Der wilde Dschawal kam einem alten, jungen Mann, ein goldener Beil der zwischen zwei netten, jungen Mädchen, beide gekleidet und gekleidet, auf der letzten Bank im Wagen sah. „Vieux marche! Gleich mit gehen, du alter Wurm! Zu paßt für Paris bei Nacht, Omelet Tom! Bon voyage!“
Und so, es gab noch mehrere Ausdrücke, aber ich habe zwei Klänge vor den Ohren, um solche Wortwörter bekanntzumachen. Obgleich ich heute das Gefühl habe.
Über Revolution? Bedrohung? Die Furchen, die auf die Existenz des Wagens stießen, boten Anzeichen und früher durch Paris zum Kauf an. Es wurde geküßelt und geküßelt und geküßelt, vielleicht ist an anderen Abenden etwas mehr geküßelt und geküßelt und geküßelt worden, aber Fremdenverführung? Gefahr? Da haben wir an jedem ersten Mai in Paris ganz andere Dinge gesehen, ohne Frankreich und ohne Fremdenverführung.
Als der Wagen abfuhr, war mein Freund betört. Er hatte kein anderes erwartet. Ich nahm ihn zum Tost in ein Café mit, ein Stammquartier der Camels Daudets ist. Mit Sicherheit konnte ich behaupten, daß hier die Deutschen nicht sehr beliebt seien. Ich behauptete sogar einige Minuten wirklich daran, dem jungen Abenteuer zu raten, seinen Knäpfe weniger auffallend zu tragen.
„Aber Sie hier nicht Deutsch?“ fragte ich ihn. „Ja, Sie können das etwas erleben, keine Revolution, aber eine Reiterei.“
Da bümte sich der Stolz.
„Reiterei? Herr, ich bin ein Deutscher!“
Der Kellner, der zwei Bods gekocht hatte, bürdete auf.
„Der Herr ist ein Deutscher?“ fragte er in unserer Sprache. „Ja, preise auch Deutsch, ich habe zwei Jahre in Berlin verweilt.“
„Wo?“ fragte ich ihn.
„Aber der Kellner lachte.
„Das war ein toller Name: in Café Großmohr.“

Das war der letzte Schlag für die Hoffnung des Pöchlmann. Ich verurteile ihn zu tödlichen, aber ich ihm eine schone Rede hielt über das Temperament der Pariser und über den berechtigten Protest gegen die Invasion des Vandalismus und über die Kamen zwischen Wahrheit und Reportage und über die Kunst, Zeitungen zu lesen, aber er

bemerkt. Der Zustand Meinners sei ungefähr bis an die Grenze von Wahnsinn gegangen.

Vorher: Meinners hat angegeben, während der Verhandlungen in erster Instanz zunächst bewußt die Unwahrheit gesagt zu haben, dann aber sei auf seine Behauptungen eingegangen, daß er die Gehe von einer hochbedeutenden Verbrechen, die er nicht nennen dürfe, bekommen habe. Wenn Meinners währenddessen unter Wohnverhältnisse gekam, dann mußte er doch während ihrer Dauer die Erinnerung an die wirklichen Tatsachen vollkommen verloren gehabt haben. Galt es das für wahrhaftig?

Zeuge: Nein.
Mit dieser Aussage ist der Versuch Meinners, sich als unzurechnungsfähig hinzustellen, gescheitert. Die Verhandlung dauert fort.

Der Arbeitsmarkt im Ruhrrevier.

Steigende Förderungsziffern bei verminderter Belegschaft.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

O. Bochum, 4. August.

Neben der Arbeitsmarktlage im rheinisch-westfälischen Ruhrrevier erfährt sich an zutreffender Stelle, daß die seit Beginn des englischen Bergarbeiterstreiks verbesserte Gesamtlage des Ruhrgebietes in der Belegschaftszunahme von 5000–6000 Mann nicht in Erscheinung tritt. Die vermehrte Förderung, die zurzeit die Friedensförderung übersteigt, wird bewirkt durch vollkommene Beseitigung der Feierlichkeiten, durch zahlreiche Leberfahrungen und erst in letzter Linie durch Arbeiterneueinstellungen, zu denen sich die Zehnerverwaltungen wegen der Demobilisierungseinstellungen, nach denen größere Wiederstellungen erst nach vier Wochen einer Annahmefrist erfolgen dürfen, nur schwer entschließen können. Es ist nicht anzunehmen, daß auch bei weiteren Anhalten der günstigen Konjunktur im Ruhrrevier der Arbeitsmarkt eine nennenswerte Entlastung erfahren wird. Das Überfließen der Friedensförderungsziffer dürfte angesichts der internationalen Kohlenkrise, die im Laufe der nächsten Jahre eher noch eine Verschärfung erfahren wird, als vorübergehende, lediglich durch den englischen Bergarbeiterstreik bewirkte Erleichterung zu bewerten sein. Hierbei wird berücksichtigt werden, daß infolge der in den letzten Jahren erfolgten Rationalisierung des Ruhrgebietes vor allem durch die erweiterte maschinelle Ausrüstung des Förderbetriebes zurzeit eine Friedensförderung übersteigende Förderung mit erheblich verminderter Belegschaft erzielt wird. Die Gesamtförderung des Ruhrgebietes ist von 430 000 im Frieden auf etwa 335 000 zurückgegangen. Die gesteigerte Angebotsleistung wird also mit einer um ungefähr fünfzehn Prozent verminderten Belegschaft erreicht. Im übrigen ist zu berücksichtigen, daß die Förderkapazität des Ruhrgebietes infolge der technischen Ausrüstung eine erhebliche Steigerung erfahren hat, die beispielsweise bei den Staatsgruben das Dreifache der Friedensförderungsleistungsfähigkeit beträgt. Es ist jedoch sehr fraglich, ob jemals das Maximum der Förderkapazität bei den einzelnen Gruben erreicht werden kann. Als Schlussfolgerung ist daher eine nennenswerte Steigerung der Gesamtförderung des Ruhrgebietes nicht mehr zu erwarten.

Die Stilllegung der Zeche Margaret.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

O. Bochum, 4. August.

Wie unser Mitarbeiter erfährt, hat der Abgeordnete Otter-Bochum wegen der Stilllegung und des Abbruchs der Zeche „Margaret“ eine große Anfrage im preussischen Landtag eingebracht. Der Abgeordnete Otter hat in Berlin wegen der Angelegenheit mehrere Schritte beim preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe unternommen. Das preussische Staatsministerium vertrat dabei die Auffassung, daß bei der Zeche „Margaret“ ein außerordentliches Vorkommnis vorliegt; allerdings hat die Tatsache, daß die Verwaltung der Zeche bei ihrem Antrag der Regierung unzutreffende Angaben gemacht hat, die Regierungsfreiheit nicht bestimmt. Die starke Erregung der Bevölkerung über das Verhalten der Zehnerverwaltung hat der Regierung Veranlassung gegeben, Schritte zu unternehmen, die auf eine neue Inbetriebnahme der Zeche „Margaret“ schließen lassen.

wollte von nichts wissen. Er gab mir die Schuld an seiner Entlassung.
„Sie sind ein Philister“, sagte er. „Sie haben mir nicht das richtige Paris gezeigt. Jetzt geht es allein in die Nacht hinein, und ich werde etwas erleben. Das weiß ich! Funken muß das Leben schlagern, wenn es ein Leben sein soll.“
Ich drückte ihm die Hand.
„Da haben Sie ganz recht. Ich müßte auch schon lange im Bett liegen. Guten Funken!“
Er ging, und sein Haar wehte im Wind. Es war doch ein famoser Kerl.
Am nächsten Morgen kam eine Postkarte von ihm.
„Jetzt hab' ich Paris gefunden. Hier ist Genie und Begeisterung und Revolution! Hier hab' ich Freunde entdeckt, die mich verstehen! Hier dreht sich die Welt weiter! Ich drehe mit! Paris ist Paris!“
Er war wirklich ein Dichter.
Die Karte kam aus dem Café de la Rotonde, in dem alles zu haben ist, nur kein Pariser.

J. E. Stoff, die der Winter bringen wird. Stößt auch die Frage der Form, der Linie, der Macht noch offen. So ist auch das Problem der Gewerbe bereits gelöst, denn sie müssen zuerst da sein, wenn Modelle entstehen sollen. Die große Neugier für Tagesanlässe, so wie sie aus den französischen Fabriken eben hervorragt, nennt sich „Le Givre“ (le Givre heißt der Schneeeisener, der Kaufmann und auch ein berühmtes Bild Claude Monets), ein Gewerbe, das mit jarten, weißen Gläsern gepresst ist. Für Complet — dies ist und bleibt der „angelegene“ Anzug — kommt zu eleganten Zweifeln „Velours argente“ in Frage, ein Wolstoff, der leicht und locker ist und wie Samt wirkt, oder „Velours Leda“, ein Produkt, das wie weiches Leder aussieht und sich auch so anfühlt. „Leda chevronnée“ ist ein wie von seinen Fingerringen durchzogener, einfarbiger Stoff, während „Dorkas Zibeline“ einen neuartigen warmen und schönen Reife-Erfolg darstellt. Und dann gibt es „Tarnas simple“ für Kleider und „Tarnas double“ für Mäntel. „Tarnas“ behalten wir die Weige und Kühle bis zum kalten Winter; eine beliebte Blauose ist ein verlockendes Kostüm. Es gibt also auch Sprichwörter, die umzuändern werden: Nel verde la più bella perde...

* Berliner Theaterkritik. Der Schwanz, das goldene Raib von Otto Schwan und Karl Mathern wird Mitte August im Residenztheater zur Aufführung gelangen.
Das Gefel mit Max Waldert in der Titelliste erhebt Protest. 6. August im Residenztheater der Aufhebung der 16. Aufführung. Friedrich Schiller komponiert eine Operette „Mischkaufen im Land“, die in der nächsten Spielzeit zur Aufführung kommen wird. Die Aufführung der Oper „Der Zigeuner in der Wüste“ im Theater des Westens ist für Freitag, 6. August, festgelegt worden.

Wirths Sammlungsruß.

Zustimmung in Anhalt. — Widerspruch der Deutschnationalen und der Christlichsozialen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

e. Wien, 4. August.

Die „Reichspost“, das Blatt der christlich-sozialen Regierungspartei, beschäftigt sich mit dem Sonntagsspiel des „Reiniger Tagesblatt“, worin Dr. Wirth den Weg zur republikanischen Union beschreiben hat. Die „Reichspost“ protestiert gegen den Satz: „Wir wollen sehen, ob wir nicht von Wien bis Wien, von Konstantin bis Königsberg unter dem Schutz des mächtigen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold deutsche, politische, soziale und europäische Probleme für Männer und Frauen behandeln können.“ Die „Reichspost“ erklärt hierzu: „Hier muß rechtzeitig darauf aufzueksam gemacht werden, daß kein einziges Mitglied der christlich-sozialen Partei in Österreich das Bedürfnis fühlt, in irgendeiner Art und irgendeiner Form unter dem Schutz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold der Freund und Verbündete unserer republikanischen sozialistisch-kommunistischen Garde zu werden. Der Gedanke Dr. Wirths, seine Aktion auch auf österreichisches Gebiet auszuweiten und sich hierbei einer sozialistischen privaten Arme bedienen zu können, beruht auf einer Verleumdung der innerpolitischen Verhältnisse Österreichs.“ Mit der sozialistischen Privatarmee ist offenbar der österreichische republikanische Schutzbund gemeint. Im übrigen spricht das Blatt nicht nur die Meinung der Christlich-Sozialen aus. Die Teilnahme einer Abordnung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold an einer sozialistischen Kundgebung in Wien vor einigen Wochen anlässlich eines sozialistischen Zirkelfestes hat die Parteileitung des Reichsbanners in nichtsozialistischen Kreisen Österreichs verurteilt und zu einer Verleumdung seines überparteilichen Charakters geführt.

b. Dessau, 4. August.

Die „Dessauer Zeitung“ veröffentlicht einen Artikel des demokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Mathias, der die Schaffung einer republikanischen Union in Anhalt fordert. Dr. Mathias begründet die Befürwortungen Dr. Wirths und hofft, daß durch sie ein unerfüllbares Verlangen zum Schutze der Republik geschaffen wird. „Jenseits aller Sonderwünsche und Interessen der Parteien dürfte es auch in unserem Lande ein Programm geben, das alle drei republikanischen Parteien billigen müßten und unter dem sie sich zusammenschließen könnten.“ Zu den Forderungen dieses Programms gehören: Schutz und Befestigung der republikanischen Regierung, Vertretung der allgemeinen und Zurückstellung der Sonderinteressen der Parteien, Vornehmheit und Achtung mit dem Ansehen mit dem Ziele der Vereinigung aller Parteiprogramme zu einer gerechten Volksherrschaft. Der Artikel fordert weiter die Bildung einer Kommission aus Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei, der Deutschen demokratischen Partei und des Zentrums, die ein genaues Programm ausarbeiten und weitere Richtlinien geben soll.

d. Breslau, 4. August.

Der deutschnationalen „Schlesischen Zeitung“ scheint das Echo, das der Wirths'sche Ruf gefunden hat, immer unangenehmer zu werden. Sie veröffentlicht einen mit „Republikanische Schlagwortpolitik“ überschriebenen längeren Leitartikel, in dem der Verfasser den Wirths'schen Satz: „Die Entscheidung darüber, ob das neue Deutschland realistisch und republikanisch oder sozialistisch ist, kommt erst in den nächsten Tagen“ verpflückt und den Nachweis erbracht zu haben glaubt, daß man „die republikanischen Verwermer einer gelungenen, burschenschaftlichen Sozialpolitik“ vorwerfen darf. „Fortschrittlichste Politik“ nennen kann, was sich nicht als Fortschrittlichkeit herausstellt. „Man wird immer mehr zu der Überzeugung kommen, daß hier republikanische Schlagworten Politik zu machen verfehlt wird. Die Wirths'sche, die Landtagsreden eine andere Sprache. Sie bezeugen, daß republikanisch und fortschrittlich sich nicht im geringsten decken. Die Verwirklichung des Wirths'schen Rufes würde lediglich partei-eigentliche Ziele fördern, aber weder den arbeitenden Massen, noch der Gesamtheit des deutschen Volkes dienlich sein.“

Bismarck junior als Aufwertungsschuldner.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

W. Hamburg, 4. August.

Ein interessanter Aufwertungskonflikt ist zwischen dem deutschnationalen Abgeordneten Järken Bismarck und den fünf Kirchenvorständen der Seidenwandgemeinde Schwanenfeld, Brunsdorf, Radebeul, Hohenhorst und Eichenbäumen entstanden. Nach einem alten Vertrag ist Järken Bismarck verpflichtet, diesen Kirchengemeinden ein Solbaptist zu entrichten, das später in eine Pachtrente umgewandelt wurde. Während nun die Kreisverwaltungsverwaltung der übrigen lauenburgischen Gemeinden eine 100prozentige Aufwertung zugestimmt hat, weigert sich Järken Bismarck mehr als 24 Prozent aufzuwerten. Nunmehr haben die interessierten Kirchenvorstände in einer Protestbesammlung beschlossen, ihre Forderung nach einer 100prozentigen Aufwertung mit allen Mitteln durchzusetzen.

Thüringen und „Potemkin“.

Der Standpunkt der thüringischen Regierung zur Aufhebung des „Potemkin“-Verbotes formuliert die „Telegraphen-Union“ folgendermaßen: „Da der Thüringer Regierung bisher weder der Spruch der Präsidialentscheidung bekannt geworden ist, noch ihr von irgendeiner Seite ein Antrag auf Freigabe des Films in Thüringen vorgegangen ist, hatte die Regierung bisher keinen Anlaß, zu dem Film erneut Stellung zu nehmen, beziehungsweise an ihrer bisherigen Stellungnahme etwas zu ändern. Das feinerzeit ausgesprochene Verbot ist also automatisch weiter. Das Staatsministerium wird sich erst erneut mit der Materie befassen, wenn ihm ein Anlaß dazu gegeben wird, zu diesem Zusammenhang auch auf darauf hingewiesen werden, daß die Nachrichten über die Freigabe der Ländervertreter in Stuttgart über den „Potemkin“-Film, soweit sie Thüringen betreffen, aus der Luft gegriffen sind. Thüringen war an einer solchen Konferenz nicht beteiligt. An den anstehenden Stellen des Staatsministeriums ist man allerdings der Meinung, daß eine vorgenommene Änderung an der Grundtendenz des „Potemkin“-Films nichts geändert haben dürfte. Bei einer eventuellen erneuten Beschließung des Staatsministeriums über den Film wird diese Auffassung wahrscheinlich ausschlaggebend sein.“

* Am Dienstag wurden, wie unser Hamburger Korrespondent meldet, im Hamburger Schaubureau des Notenfrontampferbundes Briefkasten durch Besuche der politischen Polizei mehrere hundert Exemplare der Antireligionsausgabe der „Zeitung, die Note Front“ beschlagnahmt.
* Der Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern stellte sich, wie unser Korrespondent meldet, infolge der Getreideernte in der vergangenen Woche etwas günstiger. Die Zahl der in der Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen sank von 12 280 auf 11 684.

Der Todesschuss im Fischerhaus.

„Habe meine Frau aus Versehen erschossen.“

Mit der Aufklärung des rätselhaften Todes der 23jährigen Ehefrau des Fischereimeisters Albert Großmann aus Summt bei Wriezenwerder im Kreise Niederbarnim, über den wir bereits in einem Teil der heutigen Morgenausgabe berichteten, beschäftigt sich gegenwärtig die Wortkommission der Berliner Kriminalpolizei. Die Beamten, die unter Leitung des Kriminalkommissars Kieseling bis in die tiefsten Abgründe gefahren am Tatort wollten, haben bisher folgende Feststellungen getroffen.

Großmann bewohnte zusammen mit seiner Frau ein kleines Landhaus, das von dem Dorf Summt etwas abgelegen ist. Vor einigen Tagen war ihm die weitere Ausübung des Fischereibetriebs auf dem Summt zur Gefährdung worden. Am vergangenen Montag besuchte Großmann nachmittags mehrere Geschäftsfreunde, kehrte gegen Abend nach seiner Wohnung zurück und blieb seitdem verschunden. Als man gestern in die Wohnung gewaltsam eindrang, fand man auf dem Sofa die Leiche der Frau Großmann auf. Neben der Leiche fand eine Jagdpistole, aus der ein Schrot- und Kugelschuss abgegeben war, der die Frau in der Herzgegend getroffen hatte und den sofortigen Tod herbeiführte. Auf dem Tisch lag ein Zettel mit den Worten: „Habe meine Frau aus Versehen erschossen.“ Die Beamten mit dem Verleihen Großmanns forschten, traf plötzlich von der Kriminalpolizei in Summt ein, das sich Großmann dort freiwillig der Polizei gestellt habe. Bei seinem Verhör gab er an, daß er der vielen Kauderwelschen wegen, die sich in der Umgebung von Summt aufhalten, und schon wiederholt Tausen und Hühner von Grundstücken wegnehmen, ein Jagdgewehr angeschafft habe. Als er am Montag nach seiner Wohnung zurückkehrte, wollte er das Gewehr nach dem anderen Zimmer tragen. Hierbei ging ein Schuß los, durch den die Frau getötet wurde. In seiner Aufregung habe er fluchtartig das Grundstück verlassen und Verwandte in Halle aufgesucht. Hier habe er den Vorfall erzählt und sich dann auf Zurecht selbst der Polizei gestellt.

Gegenwärtig werden die Angaben des Mannes von der Kriminalpolizei auf ihre Richtigkeit hin nachgeprüft. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft III ist die Leiche der erschossenen Frau besichtigt und zur Obduktion nach der Friedhofshalle des Gemeindefriedhofs in Summt gebracht worden.

Ein Briefmarkenfälscher verhaftet.

Der Briefmarkenfälscher Dr. Siegel als Fälscher festgenommen.

Die Staatsanwaltschaft I Berlin beschlagnahmte sich seit längerer Zeit mit der Aufklärung von umfangreichen ausländischen Briefmarkenfälschungen, die in den letzten Jahren nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland aufgetaucht sind. Als Urheber dieser Fälschungen wurde vor einigen Wochen der Inhaber der Briefmarkenhandlung Markens- und Ganssachenhäuser G. m. b. H., Rudolf Siegel, aus der Friedrichstraße 162 verhaftet. Siegel hat jahrelang nicht nur Fälschungen von besonders wertvollen und seltenen Stücken vorgenommen, sondern auch die Fälschung von Briefen, die bei falscher ungetragene Marken aufgesetzt und diese mit Stempeln versehen, die er sich selbst angefertigt hatte. Die Stempel brachte er dann in den Handel und erzielte hohe Gewinne. Da er in Philatelistenkreisen sehr angesehen war, tauchten nur sehr selten Zweifel an der Echtheit der von ihm betriebenen Briefmarken auf, und wenn einmal Bedenken laut wurden, dann wußte er den unangenehmen Fragen immer bald durch sein sicheres Auftreten und Verweigerung auf sein „ladumännliches“ Wissen in Sicherheit zu wiegen. Er hielt sich lange Jahre in Amerika auf und hat auch nach seiner Rückkehr nach Deutschland noch große geschäftliche Beziehungen mit den Vereinigten Staaten aufrechterhalten.

Der in weiten Kreisen bekannte Sachverständige für Briefmarken Dr. Birr hatte schon vor längerer Zeit den Verdacht ausgedrückt, daß die im Reich und im Ausland auftauchenden Fälschungen von Marken ihren Ursprung in Berlin haben müßten. Diese Vermutungen bestätigten sich, und die weiteren Ermittlungen gaben, daß Rudolf Siegel der alleinige Urheber der Fälschungen war. Kriminalrat Gennat nahm den Beschlagnahme fest, und eine Durchsuchung seiner Wohnung und seines Geschäftsmaterials förderte außerordentlich viel Fälschungsmaterial zutage. Dem Verhafteten werden außerdem chemische Aufschlüsse, die er in so gefälschter Weise ausführte, daß die geschliffenen Stücke von den echten kaum zu unterscheiden sind, zur Untersuchung wird von dem Staatsanwaltschaftsamt Dr. Lehmann geführt, der inzwischen Siegel wegen einer Unterdrückung und der damit verbundenen Lebensgefahr aus der Untersuchungshaft vorläufig entlassen hat.

Beim Einbruch festgenommen. In den letzten Wochen wurde wiederholt das Anwesen in Niederbarnim bei Wriezenwerder von einem heimgekommen. Dabei fielen den Tätern wertvolle philatelistische Inkunten in die Hände. Gestern Abend beobachteten Passanten einen jungen Mann, der sich in der Nähe des Gebäudes in verdächtige Weise zu schaffen machte und schließlich die Mauer hinweg in die Räume der Schule eindrang. Man nachrichtete die Polizei und die Beamten umstellten das Gebäude. Als man in die Räume eindrang, fand man wieder die geschliffenen Stücke. Dem Dieb gelang es, durch einen Seitenweg das Grundstück zu verlassen, konnte aber verfolgt und nach kurzer Gegenwehr festgenommen werden. Auf dem Polizeistand wurde der Verhaftete als der 30 Jahre alte Bantbeamte Julius Kisch aus Charlottenburg festgestellt.

Potsdam und Zehlendorf können wieder telefonieren. Nach lebhaften Anstrengungen ist es jetzt schneller als vermutet gelungen, die Schäden des Kabelbrandes im Telefonamt-Stegely zu beheben. Von heute vormittag an können Potsdam und Zehlendorf, hauptsächlich betroffen waren, wieder normal telefonieren.

700 Ferienkinder aus Kärnten in Berlin. Mit dreihundert Ferienkinder sind heute vormittag auf dem Anhalter Bahnhof 700 Ferienkinder mit einem Sonderzug aus Kärnten in Berlin eingetroffen. Es handelt sich um Kinder, die durch den Verein für das Zerstreuung in Kärnten im gegenseitigen Austauschwege zum Ferienaufenthalt in die Hauptstadt gebracht werden. Mit dem gleichen Zug trafen auch Mitglieder der Kärntner Landesregierung, Landeshaupthauptmann Dr. v. S. und Landeshaupthauptmannsstellvertreter Deutler und Hof-Dr. Hofe ein. Zur Begrüßung waren erschienen als Vertreter des Ministers für Volkswohlfahrt Geheimrat Polzella, Ministerialrat Peters und Vertreter des städtischen Jugendamtes. Die Reichswehrkapelle brachte den Ankommenden ein Begrüßungsstückchen.

Im Kratermund des Demavend.

Drei Minuten auf dem Vulkan.

Durch Schner, Eis und Schwefel.

Von unserem Korrespondenten

Max Ryschka.

R. Teheran, Mitte Juli.

Nordöstlich von Teheran liegt der Demavend, ein fester Vulkanfelsen von 5760 Meter Höhe, und damit der höchste Berg Vorderasiens. Verschiedentlich wurde er schon bestiegen, selten aber beschrieben.

Ich war zur Nacht in Teheran verurteilt. Aus der Stimmwelle über der Stube wuchs das Schattenband der Glühbirne und aus ihm stieg ragend der mächtige, blendendweiße Berg des lebenden Berges. Der ganze Tag, dann nachts, lag der Vulkan und marschierte als zum Zerstörungsmarsch durch das Land. Am 1. Juni stand ich am Fuß des Berges. Bis auf 3500 Meter hoch lag der Schnee. In dreihundert Meter Höhe lag die 5000-Meter-Grenze — wurde zur Nacht gezogen. Ich kehrte nach Teheran zurück mit der ungeschliffenen Schinade, den Gipfel hoch zu bezwingen.

Am 1. Juli unternahm ich den zweiten Start, der endlich sollte mich zum ersten Gipfel bringen. Ein junger Perser hatte sich mir angeschlossen. Sportfärsig, aber bergungswohnt. Unsere Kufasche luden wir auf Eisbären, und dann ging es los. Zweihundert Meter hoch am Südostfuß des Demavend lag das Gärten-Reene. Von hier aus begannen wir den eigentlichen Aufstieg. Nach persischer Weise gemächlich. Vor einem Monat waren die Hänge dort rot überzogen von zahllosen blühenden Tulpen.

Jetzt war der Pfannentopf vielartiger mit farbigem Untergrund. Blauer, violetter, weißer, gelber und gelblicher. Hier, in 3000 Meter Höhe, genau südlich des Gipfels befindet sich die einzige Quelle des Demavend, mit eiskaltem Wasser. Fünfhundert Meter darüber, Scherben-Reene, eine von Felsen bewohnte Höhle. Über einer hohen Mauer lagen die zerfallenen Reste eines von Wölfen zerstörten Hauses zum Trocknen aus. Der Felsen muß diese Reste oft jahrelang aufbewahrt, bis der Besitzer der Herde sich davon überzeugt hat, daß Wölfe die Lebewesen waren. Es gibt viel Wölfe und Panther, aber sie sind im Sommer nicht gefährlich. Erste Nacht in der Höhle mit viel Rauch, Zee und Joghurt. Am folgenden Tag vierhundert Meter höher in die zweite Felsgrötte, die unbewohnt war. Der Pfannentopf wurde wärmer. In der Hauptkammer war große fadelige Ständer mit violetten Schlangenhäuten. Wie Wölfe sehen die Augen aus; wenn man sich auf sie setzen will, fährt man mit einem Schrei auf. Trockene Stämme aufgeschichtet und angeordnet, leuchtet durch die Nacht und wärmt den gefrorenen Boden zum Schlafen vor. Im 2. Uhr morgens stand Schner, unser Führer, auf und packte die Sachen, aus Reine, mein Begleiter, froh aus den warmen Decken, nachdem er zuvor schlaftrunken geburmt hatte: „Ocht allein!“

Um 3 Uhr wachlos schneuten über hallofies Ergruppung. In 4400 Meter treante ich mich von dem Führer und Nafferi. Der Führer bestimmte nämlich den Weg nach seinen ungeschliffenen Felsen.

Der Frankfurter Nordprozeß.

Zerlegung der Zeugenvernehmung.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

G. T. Frankfurt a. M., 4. August.

Am ersten Tag schien es so, als ob Dr. Seig ein Zyniker und Frauenverächter gewesen sei. Worte wie dreist, häßlich, Don Juan, Frauenliebhaber fielen. Aber es zeigt sich, daß das alles müßiges Gerede ist. Tatsachen lassen sich zu seinen Ungunsten nicht anführen. Ein unziemliches Wort, ein spöttisches Wächeln, lassen sich nachweisen, auch hatte er einen leicht ironischen Ton. Durchweg wird er als ein gutmütiger, lebenswideriger, gemächlicher Mensch geschildert. Er hatte, ein vierzigjähriger, stattlicher Mann, wahrscheinlich mangelnde Beziehungen zu Frauen und die Durchschnittsanfichten seiner Kreise in diesem Punkt. Überhaupt hatte Dr. Seig zu seinen Freunden gesagt, die Felsen verlasse ihn, weil sie ein Kind von ihm wolle und er hatte den Freunden gegenüber auf das ernsthafteste versichert, daß er ein Verhältnis mit ihr habe.

Die Felsen hat eheliche Grundzüge, sie ist kein Durchschnitts, sondern ein selten erster, freier Mensch, der seine Selbstwahrheit kennt, kein Kompromiß, der Forderungen an sich wie an andere stellt. Sie ist nicht schmeicheln, nicht lebenswiderig, zu seiner Konzeption bereit, lebenswiderig in ihrem logischen Überdauern. In der ersten Vernehmung, ja noch in der ersten Verhandlung sagte sie nichts von Intimitäten. Ein Kommissar hatte ihr auf ihre Behauptung, sie habe Rechte an den Mann, erwidert: „Und wenn Sie haben Kinder von ihm haben, haben Sie auch keine Rechte.“ Darauf habe sie geschwiegen, zu ihren Ungunsten geschwiegen. Ein Lazarettbegleiter der Felsen wird vernommen. Er erzählt, daß sie miteinander spazieren gingen. Es sei auch zu einem Kuss gekommen. „Kiss“, schreit die Felsen, „niemals, werden Sie nicht ab von der Wahrheit.“ Im Gegenteil, er habe ihr viele Liebesbriefe geschrieben, die sie dem Gericht zur Verfügung stelle, und ihr einen Heiratsantrag gemacht. Aber etwas Unziemliches sei nicht vorgekommen. Ihr Redefluß ist nicht zu dämmen. Die Sitzung muß unterbrochen werden.

Dampferunglück auf dem Amazonasstrom.

(Meldung der Funkstation Rudolf Mosse-Haus.)

Paris, 4. August.

Der „Main“ berichtet aus Rio de Janeiro, daß auf dem Amazonasstrom ein Dampfer gesunken ist, wobei 25 Personen ertrunken sind.

Entzündung eines Freiballons.

Sechs Verletzte.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 4. August.

In einem Trie der Normandie hing gestern ein Ballon in dem Augenblick, in dem er aufsteig, Feuer. Dem Wind fortgetragen, fiel der brennende Ballon auf eine Scher von Kindern nieder, die dem Aufstieg in die Höhe zusehen hatten. Fünf Kinder erlitten schwere Brandwunden, deren einer kurz nach seiner Entlassung in das Krankenhaus erlag. Ein Vetter, der seinem Sohne zu Hilfe eilen wollte, wurde ebenfalls schwer verletzt.

schauen, mit denen ein Leben auf harten Schneehalden unmöglich war. Nach Nafferi trug — Halbzeuge mit Hohlkugeln. Schner fluchte, als er sich mit Schindeln und Bergschneen leicht über die Schneerücken kletterte. Nach zwei Stunden hatte ich die beiden aus den Augen verloren. Ich war allein in der ewigstürmenden Bergwelt.

Ich fand 5000 Meter hoch, wie vor einem Monat, aber damals war der Schnee nahe, jetzt war es morgens 7 Uhr. Damals war ich erschöpft der Bergsteiger zum Opfer gefallen, heute war ich bei frischen Kräften. Mein Proviant: trockenes Brot und Pastillen, gegen den Durst: Schnee.

Der Aufstieg war nicht schwierig. Es fehlten Couloirs, Kamine, Gletscher und Schrunde, nur furchtbare Ermüdung. Der Gipfel schien in die Ferne zu rücken. Immer unerreichbarer schienen die jagenden Gipfelschneen. Der scheinbar flache Weg trat mich stets einen Anstiegswinkel von 35 Grad. Durch den eisigen Westwind trug ich meine erschöpfenden Glieder zur Höhe. Im der Kälte zu entgehen, wechselte ich nach der Ostseite über. Gelblicher Schimmer lag auf dem Schnee, gelb wurden die Felsen, die Felsen. Meiner Schweiß lag unter meinen Füßen.

Plötzlich stand ich inmitten intensiven Schweißgeruchs. Vor krankhaftem Schlafbedürfnis übermannt, ließ ich mich in den Schnee sinken. Ich kannte dieses gefährliche Gefühl und wehrte mich mit aller Kraft dagegen. Ich war allein. Umfing schien die einzige Rettung. So nahe dem Gipfel! Ich raffte mich auf und rannte mit fliegender Brust wehrwärts. Dem Winde entgegen, aus der Gaszone heraus. Aus Schnee waren metergroße Böder, der Schweiß darunter fühlte sich warm an. Das waren die Gasquellen, Sulfuratoren. Weisend arbeitete die Lunge in der dünnen Luft. Nur hundert Meter. Gerecht, gib Kraft! Nach fünfzig Metern und: Hurra! Zwölf Uhr zehn Minuten. — Zum Jubeln fehlte mir die Kraft. Der Siegesjubel blieb ungeschrien.

Drei bis vier geförnte Schweißfelsen und eine runde Schneekugel umfing ich ein lachendes, mit Schnee gefülltes Kraterbecken von etwa 70 Metern Durchmesser. Vorsichtig kletterte ich über die türkisfarbene Decke zur Kratermitte. Ich kann versichern, es war ein stilles Gefühl, sich direkt über dem erloschenen Schlund zu wissen. Wenn jetzt die Schneedecke brach und ich direkt in Meisters Rufens Welt fiele! Inmitten der Kamine war die Verpflegung und. Ich kletterte aber doch vorsichtig zum Rand zurück.

Unvergesslich war die Aussicht. Südwestlich lag deutlich erkennbar Teheran, dahinter, in Schimmerferne der Salzsee von Rum als glitzernder Fled und am Horizont die Bergketten von Japhan und Armanfah. Im Westen in Wolken gefüllte Täler, in kristalliner Luft Schneeketten und schräge Zaden. Das kaltsche Meer und Wälder lagen unter einer geschlossenen Decke bausiger Wolken, darüber himmelreine Sonnenlicht.

Mörderisch war die Kälte. Mein Siphonapparat dauerte nur drei Minuten. Schnell reißum photographiert und abwärts.

Sorgsam vermach ich die letzten Schmauser des Vulkangriffes, den giftigen Odem. — Der Schnee war weich geworden von der Mittagssonne. Um fünf Uhr abends war ich schon nach Reene zurück.

Romet Finlay gefunden.

Von der Hamburger Sternwarte festgestellt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

© Hamburg, 4. August.

Der periodische Komet Finlay, der eine Umlaufzeit von sieben Jahren besitzt, ist von der Hamburger Sternwarte in Bergedorf in der Nacht vom 2. zum 3. August wieder aufgefunden worden. Der Komet sieht im Sternbild des Stiers. Seine Helligkeit entspricht der eines Sterns zwölfter Größe. Er ist also für das bloße Auge nicht sichtbar.

Heißvergiftungen in Schleswig. Aus Hamburg wird uns gemeldet: Vermutlich infolge Genusses von verdorbenem Fleisch sind in Trage drei Kinder des Arbeiters Dollen gestorben. Der Großvater der Kinder liegt schwer krank darnieder.

Feuerturz auf eine Strassenbahn. Das „Journal“ meldet noch einem Funkspruch der Station Rudolf Mosse-Haus aus Madrid, daß bei Montjuich in der Nähe von Barcelona sich plötzlich ein Felsblock löste und auf einen vorbeifahrenden Strassenbahnwagen herabfiel. Eine Person wurde hierbei getötet und 4 schwer verletzt.



Wetterausblick für morgen in Berlin und Umgebung. Trocken und ziemlich heiss, am Tage warm. (Sonnige Wetterverhältnisse Berlin, Abendstunde verboten.)

ZENTRALE VERMITTLUNG FÜR GUTER, BAUTEILE, HYPOTHEKEN, GELD

Gebührensätze der Grundstücks- und Hypothekmakler.

Festsetzungen der Industrie- und Handelskammer

- 1. Bei Kaufverträgen vom Kaufpreis einsehl. Hypotheken 2-3 pCt.
- 2. Bei Tauschverträgen 2-3 pCt.
- 3. Bei Beschaffung von Hypotheken:
- a) auf bebauten Grundstücken von der einzutragenden Summe 1-2 pCt.
- b) auf unbebauten Grundstücken 2-3 pCt.
- II. Nachschlüssel:
- a) bei bebauten Grundstücken 2-3 pCt.
- b) bei unbebauten Grundstücken 2-3 pCt.

In der Sitzung der für die Berliner Industrie- und Handelskammer gewählten Gebührensatzkommission sind für das Berliner Wirtschaftsgebiet nachstehende Vermittlungsgebühren als angemessen festgestellt worden, soweit nicht abweichende Vereinbarungen getroffen sind:

Umlegung des Fahrstuhlführerlohns in Industrie- und Geschäftsbauern.

Die bisher streitige Frage, ob der Vermieter von gewerblichen Räumen berechtigt ist, den Fahrstuhlführerlohn auch auf solche Mieter, die nicht an den Fahrstuhl angeschlossen sind, umzulegen, ist nunmehr für Gross-Berlin durch einstimmige Entscheidung des Magistrats Berlin vom 2. Februar 1925, 28. März 1925 auf die Mieter des Hauses umgelegt. Ein Mieter eines Partierladens verweigerte die Zahlung, soweit sie den Lohn des Fahrstuhlführers betraf, mit der Begründung, dass er den Fahrstuhl nicht benutze, er auch keinen Zugang zu ihm habe. Die Hausverwaltung wies das Fehlen der Zahlung nicht an. Der Magistrat hat die Begründung des Mieters abgelehnt und die Umlegung des Fahrstuhlführerlohns auf alle Mieter des Hauses angeordnet.

Die Verwaltung eines in der Innenstadt gelegenen Geschäftshauses hatte die Löhne der Hausangestellten (Hausmeister, Hauswart, Heizer, Fahrstuhlführer) gemäß § 5 der Bekanntmachung des Magistrats Berlin vom 2. Februar 1925, 28. März 1925 auf die Mieter des Hauses umgelegt. Ein Mieter eines Partierladens verweigerte die Zahlung, soweit sie den Lohn des Fahrstuhlführers betraf, mit der Begründung, dass er den Fahrstuhl nicht benutze, er auch keinen Zugang zu ihm habe. Die Hausverwaltung wies das Fehlen der Zahlung nicht an. Der Magistrat hat die Begründung des Mieters abgelehnt und die Umlegung des Fahrstuhlführerlohns auf alle Mieter des Hauses angeordnet.

Die Umlegung des Fahrstuhlführerlohns auf alle Mieter des Hauses ist durch den Beschluss des Magistrats Berlin vom 2. Februar 1925, 28. März 1925 bestätigt worden.

Haftbarmachung der Landesbehörde für zu niedrige Mietzuschläge.

Abweisung des Anspruchs der Hausbesitzer.

Mehrere Hausbesitzer im Freistaat Mecklenburg-Schwerin fühlten sich dadurch geschädigt, dass die Landesbehörde die Mietzuschläge auf Grundstücke (§ 3 Reichsmietengesetz) zu niedrig festgesetzt habe. Sie haben deshalb einen Schadensersatzprozess gegen den Freistaat Mecklenburg-Schwerin durchzuführen lassen, der jetzt zugunsten des Klägers M. entschieden worden ist. Das Reichsgericht (III 418. 25) hat die gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Rostock eingelegte Revision des Klägers zurückgewiesen und damit die Abweisung der Klage durch das Oberlandesgericht bestätigt. Aus den reichsgerichtlichen Entscheidungsgründen ist hierzu folgendes von Interesse: Das Oberlandesgericht ist davon ausgegangen, dass die betreffenden Beamtinnen bei Festsetzung der Zuschläge pflichtgemäß gehandelt hätten. Neben dem Erlass der Reichsrentenminister vom 18. April und 18. September 1923 kam die in der amtlichen Begründung des Reichsmietengesetzes als Grundgedanke ausgesprochene Erwägung in Betracht, dass Mietpreiserhöhungen nur insoweit zugelassen werden sollen, als sie durch die Steigerung der für das Haus aufzuwendenden Ausgaben notwendig seien. Der Standpunkt des beklagten Staates, dass der Hausbesitzer auch selbst das Seine zur Erhaltung seines Sachwertes beitragen müsse und dass der im Hausbesitz erhaltene Sachwert nicht vollständig durch Zuschläge auf Grundstücke zu erhalten sei, sei nicht unvereinbar mit dem Reichsmietengesetz. Das Oberlandesgericht lehnt § 3 RMG. dahin ab, dass die Bemessung der Zuschläge der jeweiligen Kostenhöhe der Unterhaltungsarbeiten nicht gleichkommen brauche. Ob dem zustimmen ließe, braucht hier nicht entschieden zu werden. Denn nachdem das Oberlandesgericht diese schon in erster Instanz ausgesprochene Rechtsansicht gebilligt hat, kann es den Verwaltungsbeamtinnen nicht als ein beachtliches Verschulden angerechnet werden, wenn sie dieselbe Auffassung gehabt hätten. Dass sie bei der Festsetzung der Zuschläge durchaus pflichtgemäß verfahren, ist rechtskräftig angenommen.

Nachtrag zur Morgen-Ausgabe.

Boineard'schen Anstalt im Senat angenommen.

Der Senat hat heute beschlossen, die Boineard'sche Anstalt im Senat zu übernehmen. Die Anstalt ist eine öffentliche Einrichtung, die der Verwaltung der Stadt Berlin unterstellt ist. Die Anstalt ist eine öffentliche Einrichtung, die der Verwaltung der Stadt Berlin unterstellt ist.

Erneute Aufwärtsbewegung an der New-Yorker Börse.

Die New-Yorker Börse hat heute eine erneute Aufwärtsbewegung erlebt. Die Kurse der Aktien sind heute im Allgemeinen gestiegen. Die Kurse der Aktien sind heute im Allgemeinen gestiegen.

Der zweite mittlere Weltkriebsbericht.

Der zweite mittlere Weltkriebsbericht ist heute veröffentlicht worden. Der Bericht enthält die neuesten Nachrichten über den Fortschritt des Krieges. Der Bericht enthält die neuesten Nachrichten über den Fortschritt des Krieges.

Terminalforderungen der Grundstücks-Zwangsvollstreckungen.

Die Terminalforderungen der Grundstücks-Zwangsvollstreckungen sind heute veröffentlicht worden. Die Forderungen sind heute veröffentlicht worden.

Zwangsvollstreckungs-Ergebnisse.

Die Zwangsvollstreckungs-Ergebnisse sind heute veröffentlicht worden. Die Ergebnisse sind heute veröffentlicht worden.

Konstanz.

Die Konstanz ist heute veröffentlicht worden. Die Konstanz ist heute veröffentlicht worden.

Auto-Garagen.

Die Auto-Garagen sind heute veröffentlicht worden. Die Garagen sind heute veröffentlicht worden.

Börsen-Interessenten.

Die Börsen-Interessenten sind heute veröffentlicht worden. Die Interessenten sind heute veröffentlicht worden.

Ein Böden.

Die Böden sind heute veröffentlicht worden. Die Böden sind heute veröffentlicht worden.

Herren-Massgeschneiderei.

Die Herren-Massgeschneiderei sind heute veröffentlicht worden. Die Schneider sind heute veröffentlicht worden.

Kaffee-Käufer.

Die Kaffee-Käufer sind heute veröffentlicht worden. Die Käufer sind heute veröffentlicht worden.

Säure-Reserve.

Die Säure-Reserve sind heute veröffentlicht worden. Die Reserve sind heute veröffentlicht worden.

(23 100) zu Rückstellungen, verwandt und der Rest von 28 000 M (7940) auf neue Rechnung vorgetragen werden.

*** Ein Tabakmonopol in Deutschland? — Die Wahl des passenden Zeitpunktes.** Wie verlautet, befaßt sich das Reichsfinanzministerium mit der Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage über die Einführung eines Tabakmonopols in Deutschland. Einzelheiten über den Entwurf liegen noch nicht vor. Es ist deshalb auch noch nicht abzusehen, welcher Art das für Deutschland in Aussicht genommene Tabakmonopol sein wird.

Grundsätzlich ist zu unterscheiden zwischen einem reinen Produktionsmonopol — der Absatz erfolgt zu vorgezeigten Preisen durch den freien Handel —, einem Handelsmonopol, das auch nur Gross- oder Kleinhandelsmonopol sein kann, und einem geschlossenen Monopol, das sowohl Erzeugung wie Absatz erfasst. Takalmonopole bestehen in einer grossen Anzahl von Ländern in den verschiedensten Formen. Produktionsmonopole in Schweden und anzureifen in Österreich, seinen Nachbarstaaten und in Polen. In Schweden sind die Holz- und Papierfabriken, die Erzeugnisse in eigenen Fabriken oder Vertriebsabteilungen und überlastet es im allgemeinen dem selbständigen Grosshandel und „Trafikanten“, die hergestellten Waren zu staatlich festgesetzten Preisen zu vertreiben. In Frankreich und Italien dagegen besteht das geschlossene Monopol, hier wird selbst der Kleilverkauf von Staatsgetreide oder Staatsrentenempfindungen besorgt.

nisse in eigenen Fabriken oder Vertragsfabriken und überlässt es im allgemeinen dem selbständigen Grosshandel und „Trafikanten“, die hergestellten Waren zu staatlich festgesetzten Preisen zu vertreiben. In Frankreich und Italien dagegen besteht das geschlossene Monopol, hier wird selbst der Kleinverkauf von Staatsanlegern oder Staatsrentenempfängern besorgt. In England und Schweden ist die Angelegenheit anders geregelt, und nach dem schwedischen Muster empfohlen, jedoch unter Anpassung an die in Deutschland bestehenden Verhältnisse und unter Vermeidung grosser unmittelbarer Aufwendungen für die Umstellung, die zu wirtschaftlichen

[illegible]

Die staatliche Gaslieferung stellt, der Staat selbst betreibt eine oder zwei Fabriken, um jederzeit eine Kontrolle der Preisgestaltung zu gewährleisten. Die Gaslieferanten sind verpflichtet, den Preis für den Geschäftskunden zu betreiben, die sind jedoch verpflichtet, die Waren ausschließlich an den vom Staat bezeichneten Niederlassungen zu liefern und ausserhalb der Niederlassungen keine weiteren Fabriken abzugeben. Ueber die Organisation des *Grosshandels* ist nichts Näheres ausgeführt. Für den *Kleinverkauf* wird folgendes angegeben: Die Gaslieferanten sind verpflichtet, die Gaslieferungen an Händler betreiben werden, die gehalten sind, nur vom Staat bezogene, mit Banderole versehene Erzeugnisse abzusetzen, und zwar zum vorgeschriebenen Kleinverkaufspreis. Die Entlohnung der Kleinhändler soll 10 Prozent des Verkaufspreises an den Verbraucher festgesetzt werden. Der Prozentsatz darf den allgemein bei anderen Tabakmonopolen vorgeschriebenen Satz Abertungen vorsetzen, um rührend Verkäufern eine nach Billie des einzelnen Umsatzes gestaffelte Umsatzprovision zurück zu zahlen. Die Abertungen sind jedoch nicht über die ermittelten Kommissio zu erlösen. Endlich ist eine kleine Anzahl von staatlichen Niederlassungen angegeben, um, jederzeit zuverlässig, Anhaltspunkte über die Höhe des Kleinverkaufs zu erhalten.

Da bei einer derartigen statischen Regelung die Zahl der beschädigten Fabriken und Verteilungsstellen beträchtlich vermindert werden könnte, wäre mit einer namhaften Verminderung der Unkosten und gleichzeitig einer entsprechenden Erhöhung der Erzeugnisse zu rechnen, ohne dass eine weitere Belastung des Verbrauchers zu befürchten ist. Die wirtschaftlich schwierige Lage der Tabakindustrie und die bekannten Vorfälle in der Zigarettenindustrie den gewöhnlichen Zeitpunkt für eine staatliche Regelung der Erzeugung und des Absatzes von Tabakerzeugnissen geeignet erscheinen lassen, dürfte zweifelhaft sein. Es sprechen zwar finanzpolitische Gründe für einen solchen Eingriff zweifellos, dessen sich die Einnahmen des Reiches aus dem Tabaksteuern und den Zigarettensteuern im beträchtlichen Anteil — fast 9 pCt. — an den Gesamteinnahmen des Reiches haben (im Rechnungsjahr 1925 5304 Mill. \mathfrak{M} . von insgesamt 68564 Mill. \mathfrak{M} .), beträchtlich steigern, ohne dass der Verbrauch stärker belastet zu werden braucht. Es dürfte sich aber vielleicht doch empfehlen, in der Zigarettenindustrie und in der bekannten Überzeugung erst den Selbstheilungsmechanismus der Wirtschaft zu beobachten, bevor eine staatliche Eingriffe einzuführen. Dazu würde es auch nötig sein, von einer Zwangsanzifferierung, die die Tabakorganisation auf Kosten der Verbraucher beschließen lässt, abzuzehen.

*** Der Einkäufer Prospekt der Zellstoff-Fabrik Waldhof in Mannheim. — Die Verwertung der Vorratsaktien.** Die Gesellschaft verfügt über ein Depot von 600 Aktien des Zellstoffs, die zum Verkauf an der Frankfurter Börse zugelassen werden sollen. Diese Aktien sind im April 1932 geschaffen worden und bilden einen Teil von den Aktien der Zellstoff-Fabrik Waldhof in Mannheim. Die Aktien sind in 100 Aktien unterteilt, die zu je 100 Aktien ausgestellt wurden. Die Aktien sind in 100 Aktien unterteilt, die zu je 100 Aktien ausgestellt wurden. Die Aktien sind in 100 Aktien unterteilt, die zu je 100 Aktien ausgestellt wurden.

Dieser Modus war bei der Goldumstellung offensichtlich gewählt worden, um ein später eintretendes Kapitalbedürfnis der Gesellschaft durch Verwertung dieses Postens, ohne eine neue Beschließung über eine Kapitalerhöhung, zu befriedigen. Der Prospekt enthält die Reichtumskontrollbilanz und die Abschlussbilanz für 1925 der Gesellschaft.

Der Interessante ist der scheinbar in der Bilanz untergeordnete Ausweis der „Zinsen auf Guthaben der Tochtergesellschaften“ von 1,4 Mill. *£*. Kapital der Tochtergesellschaften 1,74 Mill. *£* betrug. Demgegenüber befanden sich in den 20,95 Mill. *£* debitorischen Bankguthaben von 2,15 Mill. *£* und Forderungen an die Tochtergesellschaften von 1,29 Mill. *£*. Vermaßen muss man Mitteilungen über wichtige Veränderungen auf den Bilanzkonten seit dem

nein als 7 Male zurückliehen. Die Bilanzstichtag vom Dezember 1925 weist auf eine solche Mittelungen über das Kreditorenkonto erwartet, wird, und die Bilanzstichtag vom Dezember 1925 hypothetisch gezeichnet Darlehen von 720 000 Pf. St., die in den letzten Tagen 1925 erfolgte, nochmals registriert. Auch die Mittelungen über die ausländischen Beteiligungen sind recht summarisch, und die Bilanzstichtag vom Dezember 1925 weist auf eine solche Mittelungen mit zusammen 247 000 hfl., 600 000 nkr. und 250 000 cfr. beteiligt und verschiedene kleine Beteiligungen, die im einzelnen Falle 0 pCt. des betreffenden Kapitals nicht übersteigen. Die Fabrikation der Zigaretten in Zetteln von 137 700 To. im Jahre 1924 und 1925 auf 207 294 To. im Jahre 1925 und 1926 auf 327 000 To. im Jahre 1926 auf 217 000 To. im Jahre 1925 gesteigert, der Wert im Jahre 1925 wird mit 7414 Mill. cfr. beaufschlagt. Bei den Tochtergesellschaften sind ebenfalls wesentliche Umsatzerlöse zu verzeichnen. Der Wert der Tochtergesellschaften wird mit 12 000 000 cfr. angegeben. Im Hinblick darauf, dass die 5 Mill. cfr. Aktien von 100 pCt. aktiviert sind, während der Kurs der Walldhof-Aktien etwa auf 158 pCt. stieg, dürfte die Gesellschaft aus der Verwertung dieser Aktien erheblichen Gewinn zu erwarten haben. Die Bilanz mit 5 Mill. cfr. ausgewiesenen Reserverfonds wurde am 1. Dezember 1925 mit 12 000 000 cfr. abgeschlossen.

Ueber den Geschäftsgang im laufenden Jahre wird mitgeteilt, dass er im ersten Quartal lebhaft war; dagegen liess die Nachfrage im zweiten Quartal nach, wurde aber in der letzten Zeit wieder besser. Die Erlöse für Zellulose und Papier sind zwar gegenüber dem Vorjahre niedriger; gleichwohl erwartet die Gesellschaft unter den üblichen Vorbehalten auch für dieses Jahr ein befriedigendes Ergebnis.

per Januar 14.70 (14.70), per März 14.50 (14.50), per Juni 14.30 (revid.)
 * **Liverpool**, 4. August. Weizen-Anfangskurse: Red winter
 tures, Oktober 11 (10.11), Dezember 10.15 (10.18). — Mittlats
 Oktober 10.14, Dezember 10.51, abschließend.
 * **Londoner Metall-Anfangsnotierungen** vom 4. Aug.
 Kupfer per Kasse 210, Silber, per 3 Monate 60, Tendenz
 hauptt. Zinn per Kasse 200, per 3 Monate 209.10, Tendenz fest.
 * **London**, 4. August. Gummi. 1 sh. 0½ d. bis 1 sh. 8 d. 1

per Januar 14.70 (14.70), per März 14.50 (14.50), per Juni 14.30 (revid.)
 * **Liverpool**, 4. August. Weizen-Anfangskurse: Red winter
 tures, Oktober 11 (10.11), Dezember 10.15 (10.18). — Mittlats
 Oktober 10.114, Dezember 10.51, abschließend.
 * **Londoner Metall-Anfangsnotierungen** vom 4. Aug.
 Kupfer per Kasse 100 Pfd. Sterling, per 3 Monate 60, Tendenz
 hauptt. Zinn per Kasse 200, per 3 Monate 209.10, Tendenz fest.
 * **London**, 4. August. Gummi. 1 sh. 0½ d. bis 1 sh. 8 d. 1

